Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

27 (1.2.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 27. Erstes Blatt. Karlsruhe, Donnerstag den 1. Februar 1906. 26. Jahrgang

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Badischer Landtag.

(16. Sitzung.)

Karlsruhe, 31. Jan.

Einen langen Tag

gab es heute in der Kammer. In 5½stündiger Sitzung wurden die angefochtenen Wahlen des Abg. Reiff (konserv.) im 50. und des Abg. Belzer (Zentr.) im 39. Bezirk erledigt. Die Wahl Reiffs wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Nationalliberalen für giltig erklärt. Seitens der Sozialdemokratischen Fraktion war der Antrag auf Ungiltigkeitserklärung dieser Wahl gestellt worden und zwar unter Hinweis auf die frühere Praxis des Landtags, wonach Wahlen, bei welchen der Polizeidiener als Stimmzettelverteiler tätig war, stets als unglitig erklärt wurden. Bei dieser Gelegenheit brachte Gen. Kolb auch die Wahlhuberei des Pfarrers von Untergrombach, sowie die des bekannten Müßle zur Sprache. Leider war darüber im Wahlprotest nichts enthalten, sonst wäre auch diese Wahl zweifellos für ungiltig erklärt worden.

Zu scharfen politischen Auseinandersetzungen kam es anläßlich der Debatte über die Wahl des Abg. Belzer im 39. Bezirk (Karlsruhe-Ettlingen). Hier handelte es sich um einen Fall geistlicher Wahlbeeinflussung durch den Pfarrer Fröhlich in Mörsch. Derselbe hat kurz vor den Wahlen in der Kirche eine Wahlpredigt gehalten. Zunächst stellte der Mörscher Pfarrer die Tatsachen ebenfalls in Abrede, später stützte er sich dann auf das Recht der Zeugnisverweigerung. Seitens verschiedener Zeugen, darunter ein von Pfarrer Fröhlich selbst angerufener Hauptlehrer, wurden aber die Angaben im Wahlprotest vollauf bestätigt.

Zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, wobei auch das Stichwahlabkommen zwischen dem Block und der Sozialdemokratie eine Rolle spielte. Das Zentrum sucht sich neuerdings bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als die allein zuverlässige Stütze von Thron und Altar aufzuspielen. Auch heute haben die Zentrumsredner diesbezügliche Anspielungen gemacht, sie sind ihnen aber sehr schlecht bekommen. Eine sonderbare Rolle spielte der Minister des Innern. Die „kleine Exzellenz" fühlt sich offenbar infolge der Angriffe seitens der Zentrumspresse nicht mehr ganz sicher im Sattel. Wohl aus diesem Grunde erklärte Herr Schenkel, daß er es ganz in der Ordnung findet, wenn die katholischen Geistlichen in der Kirche zum Gehorsam auffordern und zur Treue gegen die Monarchie und gegen die Umsturzbestrebungen tätig sind. Gegen die politische Propaganda in der Kirche hat also Minister Schenkel nichts einzuwenden, wenn sie sich nur gegen die Sozialdemokratie wendet. Dahingegen verurteilt er es entschieden, wenn die katholischen Geistlichen gegen die Nationalliberalen ihr geistliches Amt mißbrauchen. In dieser Haltung des Ministers charakterisiert sich recht die Inkonsequenz und Haltlosigkeit der Politik der Nationalliberalen hinsichtlich der Stellung der Kirche im modernen Staat. Genosse Eichhorn hat auch die Gelegenheit wahrgenommen, den Minister auf diese Inkonsequenz festzunageln.

Die Wahl Belzers wurde gegen die Stimmen des Zentrums für ungiltig erklärt. Die Konservativen enthielten sich wieder der Abstimmung.

•

Präsident **Wilckens** eröffnet 1/2 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Minister Schenkel und Kommissäre.

Eingegangen sind die Akten über die Wahl in Bretten, ferner eine Zuschrift des Professor Böthlingk, in der er sich über verschiedene über ihn in der letzten Sitzung gemachten Aeußerungen beschwert.

Abg. **Pfefferle** berichtet namens der Budgetkommission über eine Anforderung für die Herstellung des zweiten Gleises der Linie Neckarelz—Osterburken. Die Forderung beruht auf ein Uebereinkommen mit dem Reich. An den Gesamtkosten von 2460 000 Mk. zahle das Reich ohne Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung 2 091 000 Mk., den Rest Baden. Im Zusammenhang mit diesem Bau stehen folgende Bauten:

Erweiterung der Station Mosbach 46 000 Mark,
Herstellung eines Ueberholungsgleises in Schefflenz 54 400 Mark
Ausbesserung des Schefflenzer Tunnels 35 000 Mark

Die Position solle jetzt schon bewilligt werden, da mit dem Bau demnächst begonnen.

Dieselbe wird debattelos genehmigt.

Abg. Eichhorn (Soz.)

berichtet über die Wahl im 50. Wahlkreis (Bruchsal-Durlach), wo der konservative Abg. Reiff gewählt wurde. Gegen die Wahl ist ein Protest eingegangen mit 11 Beschwerdepunkten, von denen allerdings zwei Punkte für erheblich gehalten worden seien. Dieselben betreffen den mangelhaften Wahlterraum in Neudstadt, der erst im Laufe des Tages gesetzmäßig hergerichtet worden sei. Die Kommission habe diesen Punkt zwar für erheblich gehalten, doch sei die Mehrheit nicht zum Beschluß der Ungiltigkeit gelangt, da der Fehler auf die Stimmenzahl ohne Einfluß gewesen. Für erheblich wurde ferner erachtet, daß der Polizeidiener in Wöschbach Stimmzettel verteilt habe, doch sei die Mehrheit der Meinung gewesen, auch hier die Wahl nicht für unglitig zu erklären. Nach allen Berechnungen, die man angestellt, sei Reiff immer noch mit einer Mehrheit von 22 Stimmen gewählt.

Abg. Kolb (Soz.)

und Genossen stellen den Antrag, die Beeinflussung des Polizeidieners in Wöschbach für erheblich zu erklären und die Ungiltigkeit der Wahl auszusprechen.

Ein Eventualantrag geht dahin, die Abstimmung auszusetzen und die Erhebungen darüber anstellen zu lassen, in wie weit der Pfarrer Graf in Untergrombach eine ungesetzliche Wahltätigkeit entfaltet habe in Verbindung mit dem Pfarrverweser Müßle. Der Pfarrer Graf habe von der Kanzel gegen die Sozialdemokraten geschmäht und auf die liberalen Zeitungen losgezogen, wie er überhaupt vor den Wahlen die reinen Wahlpredigten gehalten habe. Eine derartige Agitation sei wohl geeignet, die Wahlen zu beeinflussen.

Abg. **Zehnter** (Zentr.) bittet die gestellten Anträge abzulehnen und dem Kommissionsantrag, der auf Unbeanstandung ergehe, zuzustimmen. In Wöschbach habe der Polizeidiener vielleicht zehn Minuten lang, während der Meßmer geläutet, die Zettel in der Hand gehalten; ob er Zettel verteilt, sei nicht einmal nachgewiesen worden. Was den Eventualantrag betreffe, so sei derselbe unzulässig, da der Gegenstand des Protestes aus Gründen der Geschäftsordnung nicht mehr zur Beratung zugelassen werden könnte.

Abg. Süßkind (Soz.)

vertritt nochmals den Kolbschen Antrag und weist auf einen gleichen Fall bei einer früheren Wahl Drehers hin, die für ungiltig erklärt worden sei, weil ein Polizeidiener vorübergehend Wahlzettel verteilt habe. Inbezug auf die Untergrombacher Vorgänge könne die Kammer sich wohl für kompetent erklären, dieselben nachträglich untersuchen zu lassen. Nach den bekannt gewordenen Vorgängen in Gündelwangen seien aber von allen Seiten Mitteilungen über geistliche Wahlbeeinflussungen bekannt geworden.

Abg. **Binz** (natl.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie für den Kommissionsantrag stimmen würden. Von einer Beeinflussung des Wählers durch einen Stimmzettel verteilenden Polizeidiener könne wohl kaum gesprochen werden, da die Sache hier doch ganz minimal gewesen sei und minima non curat praetor. Nachträge zu rechtzeitig eingebrachten Protesten halte er für zulässig, nicht aber ganz neu substantiierte Protestpunkte. Dazu möchte auch er bemerken, daß seiner Partei noch eine Reihe von Beschwerden über Wahlbeeinflussungen durch Geistliche zugegangen sei. Doch darüber sei heute nicht zu sprechen.

Abg. **Heimburger** (Dem.): Die Verteilung der Wahlzettel durch den Polizeidiener sei gewiß unzulässig und sei schon früher für eine Wahlbeeinflussung gehalten worden und habe zur Ungiltigkeitserklärung geführt. Man sollte auch dafür sorgen, daß in Zukunft keine laxe Praxis geübt werde, deshalb sei er für die Ungiltigkeitserklärung der Wahl. Anders steht es mit dem Eventualantrag, der dem Sinn und Auslegung der Geschäftsordnung widerspreche. Es könnte doch kaum begründet werden, immer und immer mit neuen Protestpunkten zu kommen. Dann würde man mit Wahlprotesten überhaupt nicht zu Ende kommen.

Abg. **Geck** (Soz.) vertritt die sozialdemokratischen Anträge, denen man um so mehr zustimmen könne, als das Mehr von Stimmen für Reiff so gering sei, daß ein anderer Wahlausfall wohl möglich gewesen. Man habe es also mit einer ganz unhaltbaren Mehrheit zu tun.

Abg. **Birkenmayer** (Ztr.) vertritt den Kommissionsantrag, desgleichen

Abg. **Zehnter**, der den Standpunkt des Abgeordneten Binz teilt, daß Nova zu bereits eingebrachten Protestpunkten zulässig seien, während neue Protestpunkte nachträglich nicht mehr eingebracht werden könnten, da ein solches Verfahren gegen § 7 der Geschäftsordnung des Hauses verstoße. Nach weiteren Bemerkungen des Berichterstatters und des sozialdemokratischen Antragstellers wird der Kommissionsantrag angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten.

Abg. **Wittum** (natl.) berichtet über die Wahl im 39. Wahlkreis (Ettlingen-Rastatt-Karlsruhe), wo der Zentrumskandidat Belzer gewählt wurde. Gegen diese Wahl ist ein Protest eingegangen, in dem behauptet wird — dies ist der Hauptgrund — der Pfarrer Fröhlig zu Mörsch habe einige Wochen vor der Wahl entgegen dem Kirchengesetz direkte Wahlagitation getrieben. Nach den Erhebungen hat der Bürgermeister des Ortes nach einer Predigt geäußert: „Diese Rede hätte er auch besser im Wirtshaus, als in der Kirche gehalten." Pfarrer Fröhlig selbst bestreitet, von der Kanzel herab Wahlagitation getrieben zu haben. Von weiteren Zeugen wird bestätigt, daß der Pfarrer einmal vor den Wahlen aufgefordert habe, den Zentrumskandidaten zu wählen; von einem anderen Zeugen sei geäußert worden, „heute sei die Kirche die reine Wahlversammlung gewesen." Ein anderer Zeuge führte aus, daß Fröhlig gesagt, bei den Wahlen handle es, für oder gegen Christus eine Entscheidung zu treffen. Des weiteren erklären die Zeugen, daß es dem Pfarrer Fröhlig zu danken sei, wenn die sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen seien. Ein weiterer Zeuge sagte aus, daß er gar nicht gewählt habe, da er nicht mehr gewußt habe, welchen Stimmzettel ihm der Pfarrer gegeben. (Heiterkeit.) Die Kommission habe in ihrer Minderheit erklärt, das Vorgehen des Pfarrers sei gerechtfertigt, denn die Sozialdemokratie sei glaubenslos und religionsfeindlich und der Pfarrer habe die Pflicht, gegen dieselbe aufzutreten. Die Mehrheit sei dagegen anderer Ansicht und habe in dieser Predigt, wie einwandfreie Zeugen bekunden, eine gesetzwidrige Wahlbeeinflussung gefunden. Der Antrag geht auf Ungiltigkeitserklärung.

Abg. **Hennig** (Zentr.) führt aus, daß seine Partei gegen den Antrag stimmen werde. Der § 16c des angezogenen Kirchengesetzes sei selbst im schlimmsten Kulturkampf nicht angewendet worden. Die einvernommenen Zeugen hätten bestimmte, klare Aussagen nicht gemacht. Nach dem Sinne aber könne man nicht urteilen, denn weder sei ein Kandidat noch eine Partei genannt worden. Auf die Bedeutung einer Wahl dürfe der Pfarrer hinweisen, das sei sein gutes Recht gewesen, denn sonst dürfe man bei Wahlzeiten überhaupt nicht predigen (Heiterkeit). Wie der Beamte sagen dürfe, wählt monarchisch, so dürfe auch der Geistliche sagen, wählt nicht antireligiös. Er verweise auf die englischen Wahlen, wo die englischen Bischöfe ein Rundschreiben erlassen, katholisch zu wählen. Es sei aber auch gar nicht nachgewiesen worden, daß die Predigt den Erfolg gehabt, der auf der anderen Seite angenommen werde. Der Einfluß sei gar nicht so groß, wie man annehme. Die Geistlichen würden nach wie vor ihre Schuldigkeit tun; doch befande sich die Geistlichkeit in guter Gesellschaft, er erinnere an die Rede des Reichskanzlers gegen die Sozialdemokratie, er schließe mit den Worten: „Auf Philippi sehen wir uns wieder.

Abg. **Obkircher** (natl.) bemerkt einleitend, daß mit der Bildung der Jungliberalen ein Unterschied zwischen den Liberalen nicht eingetreten sei. Die Schroffheit in dem Parteikampf ist in dem Augenblick hervorgetreten, wo jener Mann, der nicht mehr in diesem Hause, in Ihrem Kreise mehr und mehr Einfluß gewonnen hat und dieser Mann ist Wacker. Daß die Regierung aus Klugheit jenen einen Streitpunkt hätte aus der Welt schaffen sollen, müsse er bestreiten. Wolle man denn behaupten, daß mit dem einen Gegenstand, der Zulassung von Klöstern, etwas wesentlich anderes geworden wäre. Der Hauptgrund der Klösterwünsche sei der, noch mehr berufsmäßige Wahlagitatoren in das Land zu bekommen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Zehnter, Eichhorn** und **Fehrenbach** wird der Kommissionsantrag gegen die Stimmen des Zentrums angenommen und die Wahl Belzers für ungiltig erklärt.

Morgen Donnerstag halb 10 Uhr Finanzdebatte.

Schluß der Sitzung viertel 4 Uhr.

Badische Politik.

Thron und Altar.

Sie ist nicht neu, diese Verbindung der Schutzwaffen des modernen Staates gegen den Umsturz. Aber daß sie der Minister einer klassenstaatlichen Regierung in so prononzierter Weise zu solchen Hilfsmitteln stempelt, das ist für die Sozialdemokratie in hohem Maße beachtenswert. Und zwar war es der gleiche Minister, der vor zwei Jahren „diese Partei" — die Sozialdemokratie — im hohen Hause nicht missen wollte. Herr Dr. Schenkel, der Vorgänger des jetzigen Lenker des badischen Ministeriums erklärte gestern vor dem ganzen Lande

Worte des Reichskanzlers werde man noch zu sprechen kommen, doch hätten sich dieselben nicht allein gegen Baden, sondern auch gegen Baiern gerichtet. Der Vorredner habe sogar die eidlichen Aussagen bezweifelt, die klar vorgelegen. Die Zuhörer in Mörsch hätten ein sehr feines Gefühl gehabt, daß hier Ueberschreitungen vorgekommen. Wenn das so fortgehe, müsse man allerdings scharf zugreifen und deshalb die Wahl für ungiltig erklären. Zu bedauern sei auch, daß der Pfarrer zuerst den Versuch des Leugnens gemacht habe und erst auf Vorhalten sich zu gewissen Zugeständnissen bequemt habe. Er wolle dabei dem Pfarrer die mildernden Umstände nicht verweigern, denn durch die Lektüre der klerikalen Blätter, durch die Reden der höchsten Würdenträger auf Katholikenversammlungen, wie Nörber in Mannheim, würden die Geistlichen zu solchem Verhalten geradezu verführt. Und so habe der Pfarrer gepredigt: so wie der Engel Michael mit flammendem Schwert vor dem Paradis stand und sagte, wer wider meinen Gott ist, der hat es mit mir zu tun und so sollt Ihr mit dem Stimmzettel Eure katholische Kirche verteidigen und einen Mann wählen, der die katholische Kirche nach innen und außen vertritt.

Abg. **Süßkind** (Soz.) polemisiert gegen das Zentrum, das mit ungerechtfertigten Angriffen gegen die Sozialdemokratie vorgehe. Darüber besteht kein Zweifel, daß die Rede Fröhligs in Mörsch eine Wahlrede gewesen, die, wie der Bürgermeister selbst gesagt, in das Wirtshaus gehöre. Wenn der Abgeordnete Hennig auf England verwiesen, so mache er darauf aufmerksam, daß es in England kein Kultusbudget gebe; er weise auch darauf hin, daß der Papst selbst einmal sich gegen die Wahlagitation der Geistlichen ausgesprochen habe. Der § 16c des Kirchengesetzes stehe vorerst noch zu Recht und deshalb müsse er auch beachtet und dürfe nicht von der Geistlichkeit mit Füßen getreten werden. Deshalb stimme er für Kassierung der Wahl.

Abg. **Venedey** (Dem.) wird mit seinen politischen Freunden für die Kassation stimmen, weil eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung zu gunsten einer bestimmten Partei, der Zentrumspartei, stattgefunden habe. Ueber die Bedeutung der Predigt sei kein Mensch im Zweifel gewesen, dazu hätte es keiner Parteibezeichnung bedurft. Wir wollen, daß die Gesetze, die bestehen, auch gehalten werden.

Minister **Schenkel** kann nicht zugeben, daß die Gesetze nicht wirksam seien, die nicht angewendet worden seien. Der Tatbestand sei allerdings schwer festzustellen. Berechtigt sei, wenn der Geistliche predigt, daß Treue gegen den Landesherrn zu wahren sei **und daß der Umsturz zu bekämpfen sei.** Das Ministerium des Innern, welches für den äußeren Wahlgang und dessen ungehinderte Vornahme zu sorgen habe, habe sich auch darum zu kümmern, ob nicht besondere Erscheinungen in der Agitation mit der Wahlangelegenheit hervorgetreten seien. Der Minister des Innern habe sich allerdings um solche Erscheinungen zu kümmern und deshalb seid Ende Oktober eine Untersuchung in dieser Angelegenheit gemacht worden.

Es sollten die Amtsvorstände im Benehmen mit gebildeten Vertrauensmännern (Zwischenruf: Von welcher Couleur? Heiterkeit), von denen zu erwarten, daß sie die Verhältnisse kennen, mitteilen, ob wirklich eine auffallende Mitwirkung der Geistlichkeit bei den Wahlen stattgefunden, die auf eine Zuwiderhandlung gegen § 16c des Gesetzes hindeute. Dabei seien diese Beamten angewiesen worden, alles zu unterlassen, was wie eine polizeiliche Untersuchung aussehe. Nur in großen Grundzügen sollten die Erhebungen gemacht werden, dem Abgeordneten Hennig sei aber noch bemerkt, daß er es entschieden zurückweisen müsse, als ob die Regierung in irgend welcher Weise eine gewisse Sympathie für die Umsturzbewegungen der Sozialdemokratie hege. Dann sei auch die Rede des Kanzlers in die Debatte gezogen; nun dürfe er wohl sagen, daß dieselbe nicht gegen Baden, nicht gegen seine Person gerichtet gewesen und er habe sich auch nicht getroffen gefühlt. Was die badische Regierung hinsichtlich der Umsturzbewegung für eine Anschauung habe, sei bekannt und es sei unangebracht, wenn heute angedeutet werde, die Regierung oder ein Mitglied derselben stehe in irgend einer Beziehung zu solchen Bestrebungen, die den Umsturz der Gesellschaft anstreben.

Abg. **Zehnter** (Zentr.) bedauert mit Obkircher, daß die Parteiverhältnisse sich so zugeschärft haben — die Böthlingkschen Anschauungen hätten Oberwasser gewonnen, die jungliberale Richtung sei gekommen und so habe man inszeniert, was man den neuen Kulturkampf nenne. Dies sei der Grund der wesentlichen Verschärfung, wobei er gern zugebe, daß auch auf beiden Seiten gefehlt worden sei. Die Hauptschuldige aber sei die Regierung weil sie die Streitpunkte nicht aus der Welt geschafft habe, die von so minimaler Bedeutung seien, daß es von einem klugen Staatsmann nicht besonders klug gewesen, sie nicht zu beseitigen. Wenn endlich die nationalliberale Partei ein Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen, so schwäche sie ihr Ansehen und ihren Einfluß in der Bekämpfung dieser Strömung.

daß die Geistlichen neben der Treue zur Monarchie und zum Gehorsam gegen die Obrigkeit **auch zum Kampfe wider den Umsturz ermahnen dürften.**

Schenkel und Bibel, Staatsraison und Weihwasser sollen den Umsturz bannen. Und die Kirche soll das Tribunal sein, in welchem die neuzeitliche Staatsrettung betrieben wird. Wir quittieren, Herr Dr. Schenkel, für diese Offenheit; wir wissen, wenn wirs nicht schon an sich gewußt hätten, woran wir mit dem Ministerium der Geradheit und Gerechtigkeit sind. Und wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Gegen Bibel und Schenkel, die Inbegriffe kirchlicher und staatlicher Bedrückung, das sei unsere Parole!

Eine 5½stündige Sitzung

hat gestern der Landtag abgehalten. Derartige Anforderungen an die Nerven der Abgeordneten sowohl als insbesondere auch an die der Berichterstatter und Stenographen scheinen uns doch etwas zu weit zu gehen. Präsident Wilckens wollte die Wahlanfechtungen gestern noch erledigt haben, um heute mit der allgemeinen Finanzdebatte beginnen zu können. Dazu war es aber nicht erforderlich, eine solche Dauersitzung abzuhalten; man hätte, sobald man sehen konnte, daß die Debatten sich auf so lange Zeit ausdehnen, eine Abendsitzung anberaumen können. Die Zeitungsberichterstattung leidet unter solchen Dauersitzungen, insbesondere, wenn der interessanteste Teil der Debatte sich erst gegen den Schluß der Sitzung entwickelt. Aber auch die Debatten selbst leiden darunter, denn die Redner haber immer das Gefühl, daß sie zu einem total ermüdeten Hause sprechen. Alle Hochachtung vor der Sitzfähigkeit des Herrn Präsidenten, aber solches Sitzleder und solche Nerven haben leider nicht alle Menschen. Deshalb darf man wohl für zukünftige Fälle ähnlicher Art etwas mehr Rücksicht auf diejenigen nehmen, die in der Kammer nicht nur zuhören, sondern auch arbeiten müssen.

Die Interpellation wegen Benützung der Rheinwasserkräfte.

hat folgenden Wortlaut:

1. In welcher Weise hat die Gr. Regierung dem in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 11. Juli 1904 mit allen gegen eine Stimme, bezw. einstimmig beschlossenen Ersuchen um Anstellung einer Untersuchung und Ausarbeitung einer Denkschrift in betreff der Benutzung der Rheinwasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität entsprochen und wann gedenkt sie dem Landtage die von diesem nachgesuchte Mitteilung über die weiteren Absichten auf diesem Gebiete zugehen zu lassen?

2. Welche Konzessionen sind seit dem genannten Tage vergeben worden? In welcher Weise ist dabei dem Interesse der Gemeinden und der am Rhein angesessenen Industrie an dem gesicherten Bezuge der Elektrizität zu angemessenen Preisen Rechnung getragen und der Gefahr der Monopolisierung vorgebeugt?

3. Können bei der Laufenburger Kraftanlage die Vorschläge des Herrn Dr. Ed. Locher-Freuler inbezug auf die Ersetzung der Bauanlage im Strombette durch eine Anlage mit Kanal berücksichtigt und kann also die Naturschönheit der Stromschnellen bei Ausführung der Kraftanlage wenigstens im wesentlichsten erhalten werden?

4. Welche Anträge um Vergebung weiterer Konzessionen liegen zurzeit noch vor? Wie wird den beteiligten Gemeinden und Industriellen Gelegenheit gegeben werden, ihr Interesse an dem gesicherten Bezug der Elektrizität zu angemessenen Preisen geltend zu machen?

Wenn sie die Mehrheit hätten!

Unter dieser Spitzmarke schreibt man uns aus Zizenhausen: Anläßlich der Stichwahl in Meßkirch-Stockach und im Hinblick auf das Eintreten der Sozialdemokratie für den Blockkandidaten wurde von einem Malermeister, der dem Zentrum angehört, einer unserer Genossen in öffentlichem Hausflur angepackt und blieb nur durch das Dazwischentreten Dritter vor Mißhandlungen bewahrt. Ein Schulbeispiel für die Toleranz, die das Zentrum — andern predigt.

Eine famose Selbstkritik

leistet sich der demokratische Landesbote, indem er an die Mitteilung von dem Empfang des sozialdemokr. Abgeordneten Cramer durch den Großherzog von Hessen folgende Bemerkung knüpft:

Vielleicht geht nun auch unser badischer „roter Vize", Genosse Geck, zu Hof. Muserungen ist man bei den Genossen ja gewöhnt.

Was wird wohl der Abgeordnete Muser zu diesem losen Streich des Druckfehlerteufels sagen? Zumal er doch aus eigener Erfahrung weiß, daß die Gänge zu Hof manchem nicht immer gut bekommen!

Kaffee den Eisenbahnern.

Auf Veranlassung der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen wird seit einigen Tagen solchen Eisenbahnarbeitern, die sich meist im Freien aufhalten müssen, vormittags 9 Uhr und nachmittags 4 Uhr je ein halber Liter warmer Kaffee unentgeltlich verabreicht.

Wenn diese Neuerung in den beteiligten Arbeiterkreisen Anerkennung findet, soll sie dauernd beibehalten und auf weitere Kreise ausgedehnt werden.

Ein überzeugungstreuer Mann

ist — so schreibt man der Mannh. Volksst. aus Bruchsal — der aus dem Landtag hinauskomplimentierte Zentrumsvertreter Lehrer Wiedemann. Als Lehrer in Philippsburg bekannte er sich zur demokratischen Partei, später trat er dem Zentrum bei; kurz vor der Landtagswahl schrieb er einen Brief an den Obmann des badischen Lehrervereins, Herrn Baur in Weitenung bei Bühl (es

war nach Gründung des katholischen Lehrervereins), daß er, obgleich Kandidat der Zentrumspartei, dem badischen Lehrerverein treu bleiben und immer die Interessen des Verbandes vertreten werde. Eine seiner ersten Handlungen nach seiner Erwählung zum Abgeordneten war der Austritt aus dem Badischen Lehrerverein. Der Zweck war erreicht, da er bei der knappen Mehrheit die Stimmen seiner Kollegen in Bruchsal sehr nötig hatte. Daß die Lehrer bei der jetzt erforderlich gewordenen Nachwahl das Mitglied des katholischen Lehrervereins Wiedemann wiederum wählen werden, glauben wir nach der ihnen gewordenen Enttäuschung kaum.

Folgen des famosen Zolltarifs.

Dem Amtsverkündiger „Echo vom Wald" wird folgendes aus Furtwangen berichtet:

> Der in Aussicht stehende Zollkrieg mit Nordamerika macht sich auch in der Uhrenbranche bemerkbar. Nach Amerika gehen bekanntlich in größeren Mengen Kuckuckuhren in geschnitzten Gehäusen und Jockeleuhren. In den letzten Tagen sind Aufträge in größerem Umfange wie gewöhnlich eingelaufen mit dem Hinweis auf die von den Vereinigten Staaten von Nordamerika angekündigte Zollerhöhung von 25 Prozent, falls eine Verständigung mit Deutschland nicht zustande kommt. Die **Uhrenindustrie im Schwarzwald** würde **schwer getroffen** werden von einer solchen Schutzzoll-Politik, ganz besonders unter den obwaltenden Verhältnissen.

Diese Korrespondenz bestätigt das, was sozialdemokratischerseits bei der Beratung des Zolltarifs vorausgesagt wurde. Sollte wider Erwarten keine Verständigung erzielt werden, so dürften einzelne Orte des Schwarzwaldes schwer in Mitleidenschaft gezogen werden, worunter die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Und trotzdem holt das Groß der Schwarzwälder Arbeiter die Kastanien für Zollwucherparteien bei Wahlen aus dem Feuer. Wie lange noch!

Die Budgetkommission genehmigte das Budget der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Die Vermehrung der Bezirksgeometerstellen kann zurzeit nicht durchgeführt werden, da nach Mitteilung der großh. Regierung Mangel an Geometern besteht.

Die Bezirkskontrolleure richteten eine Petition an den Landtag, in der um Verstaatlichung der Baukontrolle und Einreihung in die Klasse F 1 des Gehaltstarifs ersucht wird.

Die badische Schulvorlage.

II.

Bei uns will man unter Beibehaltung der Halbtagsschule die Unterrichtszeit der Schüler dadurch erweitern, daß man anordnet, der Lehrer habe in den Oberklassen 4 Stunden weiteren Unterricht zu geben, und ihn zwingt, wöchentlich 36 Stunden zu erteilen, eine Stundenzahl, wie sie kein Schulgesetz der Welt kennt. Es ist ein schwerer Fehler der Schulverwaltung, wenn sie glaubt, auf diesem Wege auf die Dauer eine höhere Leistung der badischen Volksschule zu erzielen; denn notwendigerweise wird diese körper- und nervenzerstörende Ueberlastung die Folge haben, daß die Qualität des Unterrichts notleidet. Ohne Zweifel kann ein im besten Mannesalter stehender Lehrer auch eine Reihe von Jahren hindurch in voller Kraft und ohne fühlbare Beschwerden 36—40 wöchentliche Unterrichtsstunden erteilen. Aber einmal kommt doch die Zeit, wo er's nicht mehr kann; vorzeitig ist er alt und sind seine Nerven ruiniert worden. In Mannheim unterrichten eine größere Zahl Lehrer in den sog. Kombinationsklassen zwei Klassen in 40—42 Stunden. Aber klugerweise, durch die Erfahrung gewitzigt, beläßt die Schulverwaltung einen Lehrer in der Regel 3, nur in Notfällen auch bis höchstens 5 Jahre lang in einer solchen Klasse. Unter keinen Umständen darf ein solcher Lehrer noch eine andere Unterrichtstätigkeit entfalten. Der Lehrer auf dem Dorfe aber ist nicht nur Unterrichter in der Schule, sondern auch Organist in der Kirche und Dirigent des weltlichen Gesangvereins. Morgens um 7 Uhr geht er in die Kirche, um ein Requiem, ein Engelamt oder die Schülermesse zu spielen; von 8—12 Uhr erteilt er dann nach den neuen Bestimmungen Unterricht in seiner Oberklasse; nach einer Mittagspause von knapp einer Stunde kommt die Unterklasse, die er 3 Stunden zu unterrichten hat, worauf noch die Korrekturen zu erledigen sind, und abends 8 Uhr erscheint der Kirchenchor oder der Gesangverein, der eine Gesangsprobe hat. Glaubt man wirklich, es sei möglich, daß ein Mann auf die Dauer eine solche Arbeit leisten kann, ohne den schwersten Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen? Und die Lehrerin? Eine Dame, die so viele Unterrichtsstunden zu geben hätte, wäre nach wenigen Jahren eine wandelnde Leiche. Nur noch eine Bemerkung zu diesem Punkte: Wie ist es mit der geistigen Arbeit des Lehrers außerhalb der Schule? Kann ein Lehrer noch, der 7 Stunden Unterricht erteilt und vielleicht noch 40—50 Aufsatzhefte korrigiert hat, auch noch mit Genuß ein Buch oder eine Broschüre zur Hand nehmen? Man will doch nicht, daß der Lehrer geistig verhungere!

Der Landtag wird gut tun, sich von der Schulverwaltung den projektierten neuen Unterrichtsplan vorlegen zu lassen, um sich ein eigenes Urteil über die Neuorganisation bilden zu können und eine Ueberlastung der Lehrer zu verhindern. Wie die Regierungsvorlage selbst zugibt, hat seit 1834 die badische Volksschule in bezug auf Organisation und Unterrichtszeit nur „unwesentliche" Veränderung erfahren, und zwar in einem Zeitabschnitte, der — wir zitieren aus der Vorlage wörtlich — „sonst auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Könnens die tiefstgehenden Veränderungen hervorgebracht hat." Braucht es da noch weiterer Beweise für die Behauptung: Der badische Nationalliberalismus ist nicht fähig — oder richtiger gesagt — nicht gewillt, die Schule der unteren Bevölkerungsklassen auf die Stufe zu bringen, die unsere heutige Kulturhöhe unbedingt fordert!

•

Es ist doch eine ganz auffallende Erscheinung — und sie darf dem Politiker wohl zu denken geben —, daß die verschiedensten Berufe, namentlich die geistigen, eine Ueberfüllung konstatieren können, während gerade die Schule, die höhere wie die niedere, über keinen geringen Mangel an Lehrkräften zu klagen hat. Wie der Professor an Gehalt, an gesellschaftlicher Stellung und Karrière den anderen akademischen Berufen nachsteht, so noch in viel höherem Maße der Volksschullehrer gegenüber den mittleren Beamtengruppen. Ein junger Mann, der — um nur ein Beispiel hierzu anzuführen — mit 15 Jahren aus der Obertertia einer höheren Bürgerschule oder Realschule als Inzipient in den mittleren Gerichts- oder Verwaltungsdienst eintritt, kann als Gerichtsschreiber oder Registrator bis auf 3500 Mk. steigen, während der badische Volksschullehrer, der doch erst mit 19 oder 20 Lebensjahren aus dem Seminar kommt, bisher einen Höchstgehalt von nur 2150 Mk. beziehen konnte. Die ungenügende finanzielle Lage und in konsequenter Verbindung hiermit die unbefriedigende soziale Stellung des Volksschullehrers muß als die Ursache des überall zu konstatierenden Lehrermangels angesehen werden.

Um diesen Mißstand einigermaßen zu mildern, verfiel in letzter Zeit die badische Schulverwaltung auf die Anstellung von Lehrerinnen in einer Anzahl, die zu einer Schädigung der Schule wie der Lehrer führen muß, wenn nicht in deren Verwendung ein schwächeres Tempo eingeschlagen wird. Im letzten Jahre wurden neben etwa 135 männlichen ungefähr 120 weibliche Lehrkräfte erstmals angestellt. Die badische Lehrerschaft ist prinzipiell nicht gegen die Verwendung von Lehrerinnen; aber selbst die größte Frauenrechtlerin wird zugeben müssen, daß ein derartiges Verhältnis ein ungesundes ist und in der Zukunft zu den schwersten Schädigungen führen muß. Bei der Beurteilung der Lehrerinnenfrage dürfen die spezifisch badischen Schulverhältnisse nicht übersehen werden. Baden hat — und das kann nicht genug hervorgehoben werden — als Normalschule die Halbtagsschule, d. h. ein Lehrer hat in der Regel am Vormittag eine obere und am Nachmittag eine untere Klasse zu unterrichten. Nun liegt es auf der Hand, daß eine Dame in einer Klasse, die 12—14jährige Knaben hat, deren Lippen sich schon mit Flaumhärchen zu decken beginnen, nicht gerade eine beneidenswerte Stellung einnimmt; diesen Burschen in den beginnenden Flegeljahren imponiert eine Frau — und mag sie noch so gebildet sein — ganz und gar nicht*). Deshalb sagt auch das Gesetz, daß an Schulen, an denen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, die Verwendung der Lehrerin sich auf die unteren Schuljahre beschränken soll. Nun ist aber neben den 10 Städten der Städteordnung nur noch in höchstens 25 anderen Gemeinden eine völlige Scheidung der Schulkinder nach dem Geschlechte durchführbar; in den übrigen 1540 Schulorten müssen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden. Bis jetzt erlaubte das Schulgesetz nur, daß die Gesamtzahl der Lehrerinnen 10 Proz. sämtlicher Lehrstellen ausmachen dürfe. Obgleich das Gesetz ausdrücklich sagt, daß der Prozentsatz der Lehrerinnen „nie höher" sein dürfe, hat der chronische Lehrermangel die Schulverwaltung doch schon seit Jahren gezwungen, diese Grenzzahl nicht unwesentlich zu überschreiten, so daß heute wohl 15 Prozent aller Lehrkräfte Damen sind. Unter diesen Verhältnissen ist es verständlich, wenn die Regierung diese Grenzzahl aus dem Gesetz eliminieren will. Aber es ist nicht zu billigen, daß eine schrankenlose Verwendung von Lehrerinnen gestattet werden soll, wie es der Gesetzentwurf vorschlägt. Eine allzu reichliche Anstellung von weiblichen Lehrkräften schädigt nicht nur die Schule und die männlichen Lehrer, sondern — wie die Damen vielleicht zu spät einsehen werden — auch die Lehrerinnen selbst.

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir bemerken hierzu ausdrücklich, daß wir in der Lehrerinnenfrage den Standpunkt unseres Mitarbeiters nicht in allen Punkten teilen. Red. d. Volksfr.

Deutsche Politik.

Gegen die neue Tabaksteuer

richtet sich ein Beschluß der Berliner Handelskammer vom 18. Januar. Sie ersucht den Reichstag, das Gesetz wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes und des Zigarettensteuergesetzes abzulehnen.

Die Tabaksteuervorlage

ist von der Kommission in erster Lesung abgelehnt worden. Es wurden indes einige Anträge des Zentrums angenommen, welche demselben immerhin ermöglichen, daran wieder einen flotten Kuhhandel anzuknüpfen.

Die Kaiserin

hat Dienstag die Heimarbeiterausstellung in Berlin besucht. Was sie dort unter sachverständiger Führung gesehen und gehört hat, setzte sie unverkennbar in hohes Erstaunen. Eine Welt des Elends und des Grausens, die ihr bisher fremd gewesen, lernte sie kennen und nachdenklich, recht nachdenklich verließ sie nach einstündigem Besuch die Ausstellung.

Ihre bange Frage beim Abschied, was geschehen solle, fand leider eine ganz unzutreffende, die Kaiserin irreführende Antwort der Vorsitzenden des (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, Fräulein Margarete Behm:

> Der Kaiser müßte dafür sorgen, daß Mindeststücklöhne eingeführt werden.
> Majestät, sorgen Sie dafür, daß der Kaiser mit der eisernen Hand dazwischenfährt!

Zugegeben, daß die Frage der Kaiserin nicht mit fünf Worten zu beantworten ist, so spricht doch aus jedem Wort der erteilten Antwort ein solcher Mangel an Einsicht in den Zusammenhang der Dinge, wie er in solchem Augenblick sich schlimmer gar nicht offenbaren kann.

Für die Kriegsinvaliden.

Nach Angaben der Regierung, die sie soeben in der Budgetkommission des Reichstages machte, ist der Reichs-Invalidenfonds infolge der Inanspruchnahme durch Petitionen und Beihilfen, die im Grunde genommen gar nicht aus diesem Fonds zu decken sind, arg zusammengeschmolzen. Der Fonds war ursprünglich mit 561 Millionen Mark dotiert, ist aber gegenwärtig auf 187 Millionen Mark zurückgegangen, sodaß er ohne gesetzgeberisches Eingreifen im Jahre 1910 erschöpft sein würde. Der Regierungsentwurf verlangt deshalb, daß die Bezieher von Unterstützungen bezw. Beihilfen und Pensionen aus diesem Fonds beschränkt werden auf a) Invaliden, die durch ihre Teilnahme am Kriege 1870 in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt worden sind; b) Beihilfen an Hinterbliebene im Kriege Gefallener, oder infolge Kriegsbeschädigung Verstorbener. Alle anderen Ansprüche und Beihilfen sollen aus dem Etat befriedigt bezw. gewährt werden. In der Kommission regte Abg. Erzberger (Zentr.) an, durch einen Nachtragsetat den Veteranen zu Hilfe zu kommen, die jetzt nichts erhalten. In vielen Petitionen werde eine Art Ehrensold für alle Veteranen ohne Rücksicht auf Stellung und Vermögen gefordert. Demgegenüber müsse erklärt werden, daß der Reichstag niemals einem Ehrensold seine Zustimmung geben werde. Genosse Singer konstatierte mit Genugtuung, daß seit Jahresfrist die Klagen von Veteranen, die mit dem Anspruch auf Gewährung von Beihilfen abgewiesen worden sind, sich stark vermindert haben. Hier habe sich der Reichsschatzsekretär ein Verdienst erworben durch die Verordnung, den Veteranen in weitgehender Weise entgegenzukommen. Er (Singer) freue sich, daß Herr v. Stengel sich darin vorteilhaft von seinem Amtsvorgänger unterscheide. Von der Gewährung eines Ehrensoldes könne natürlich keine Rede sein. Schatzsekretär v. St. gibt kurz den Inhalt der vom Abg. Singer erwähnten Verordnung bekannt, in der ausdrücklich bestimmt wird, daß das politische Verhalten eines Gesuchstellers auf keinen Fall ein Hindernis für die Gewährung der Rente bilden dürfte. Redner betonte auch, daß die vorjährige Debatte im Reichstage über das Verfahren bei der Gewährung von Beihilfen wesentlich zu der Aenderung beigetragen habe.

Die Kommission stimmte dem Gesetzentwurf zu, genehmigte die erwähnten Etats und nahm einstimmig eine Resolution des Grafen Oriola an, die die Regierung auffordert, durch einen Nachtrag die Summen zu fordern, die notwendig sind, um allen anspruchsberechtigten Veteranen die Beihilfe von 120 Mk. pro Jahr geben zu können.

Notiztafel. Auch im Straßenkampfe seine Pflicht zu tun, hat der Kaiser die in die Armee tretenden Kadetten aufgefordert. — Den ersten Staatsanwalt von Dresden hat ich ..., gestand der Justizminister Otto in der Sächs. Zweiten Kammer gegenüber dem Genossen Goldstein. Das ist mein Recht, sagte er weiter, und ich habe davon schon oft Gebrauch gemacht. Na, ... — Der hessische Minister Rothe ist gestorben. — Die Bayerische Abgeordnetenkammer hat nach zweitägiger Verhandlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten eine Petition des Handwerkerbundes, die Bildung des Reservefonds der Gewerbeunfallversicherungs-Berufsgenossenschaften auf einen längeren Zeitraum zu verteilen und dementsprechend die zu leistende Quote zu verringern, der Regierung behufs Vertretung im Bundesrat überwiesen. Die Innungsbrüder schreien schon lange nach dieser Liebesgabe, haben im Reiche bisher kein Glück gehabt. Natürlich kocht Zentrum auch an diesem Feuerchen sein Töpfchen.

Ausland.

Frankreich.

Antimilitärische Aufrufe wurden Montag in Lyon angeschlagen. Die Polizei entfernte die Plakate und verhaftete zwei Zettelankleber.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Textilarbeiter von Mülhausen i. E. fordern von den Baumwollspinnereien und -Webereien den Zehnstundentag. Die Unternehmer haben die Forderung unter den üblichen Ausflüchten abgelehnt. „Im Prinzip" erklärten sie sich für die Herabsetzung der Arbeitszeit, aber nur für den Fall gesetzlicher Festlegung. Wenn es aber darauf ankommt, finden sich im Reichstag alle Feinde der Verkürzung einträchtig zusammen.

Ein Landfriedensbruchprozeß wird seit Montag vor dem Schwurgericht Leipzig verhandelt. Er hat seinen Ursprung in einem großen Kürschnerstreik der großen Fabrik Rauchwarenzurichterei und Färberei vorm. ... Walter Nachf. in Markranstädt bezw. in dem außerordentlich provozierenden Verhalten der „Arbeitswilligen", die täglich aus Leipzig kamen und abends wieder zurückfuhren. Der Streik selbst hatte wieder seine Ursache in sehr bedeutenden Lohnreduktionen. Am 11. Oktober kam es zu einem bedeutenden Zusammenstoß der Arbeitswilligen und Streikenden. Angeklagt sind 9 Arbeiter, 85 Zeugen sind geladen, die Verteidigung führen 4 Rechtsanwälte.

Die Hamburger Versammlungsverbote treiben sonderbare Blüten. Zum Mittwoch Abend war eine Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes einberufen mit der Tagesordnung: 1. Was beabsichtigt die Polizeibehörde mit ihren Versammlungsverboten?; 2. Verlegen wir unsere Versammlungen?; 3. Anträge, Anfragen und Berichte. Sie wurde verboten. Darauf wurde zum Donnerstag eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1. Veranstalten wir einen Kommers zum Geburtstag des Kaisers?; 2. Anträge und Anfragen. Diese Versammlung durfte stattfinden. Sie wurde jedoch antragsgemäß sofort nach Eröffnung wegen mangelnden Besuches wieder geschlossen.

„Jedenfalls weiß man jetzt ein Thema, über das Hamburg Gewerkschaftler reden dürfen, so bemerkt das Hamburger Echo.

Soziale Rundschau.

Menschenopfer unerhört! 8752 Tote und 128 021 schwer Verwundete sind — nach nunmehr beendeter amtlicher Feststellung — auf dem **Schlachtfelde der Arbeit** im Jahre 1904 zu zählen gewesen. Da denkt man unwillkürlich an des Dichters Wort: Nicht eine Schlacht, ein Schlachten war's zu nennen!

Zum Proteste gegen die neuen Steuerpläne.

Donaueschingen, 28. Jan. Gestern Abend fand im Gasthaus zum Schwanen eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Reichs- und Landtagsabgeordneter Emil Eichhorn referieren sollte. Allein, wir hatten wohl eine gut besuchte Versammlung, gut besucht hauptsächlich aus gegnerischen Kreisen, aber leider keinen Referenten.*)

Nachdem nun um 9 Uhr der letzte Zug den Referenten nicht gebracht hatte, eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und gab von dem bedauerlichen Vorkommnis Kenntnis.

Daran anschließend gab derselbe einen kurzen Rückblick über den 22. Januar 1905, den Geburtstag der russischen Revolution und die Weiterentwickelung der Revolution im Laufe des Jahres 1905.

Hierauf behandelte Genosse Bernauer in einem halbstündigen Vortrag das ursprünglich angesagte Thema: Die Steuerpläne der Regierung. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

> „Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen die neuen Steuerpläne der Regierung, weil dadurch wieder die untersten Volksschichten belastet werden sollen, und verlangt mit Entschiedenheit die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer."

Nachdem noch der Verkauf von Agitationsmaterial etwas über 8 Mk. erbracht hatte, schloß der Vorsitzende Gen. Riedlinger, die gut verlaufene Versammlung.

Badische Chronik.

Pforzheimer Nachrichten.

1. Febr.

— Für die Organisation des Kleinhandwerks wird neuerdings in Pforzheim stark Propaganda gemacht. Seit dem 4. Aug. besteht hier ein Gewerbeverein, dem etwa 100 Graveure, Presser, Emailmaler, Fasser usw. als ...

*) Vom Genossen Eichhorn wird uns mitgeteilt, daß er gar keine Kenntnis von dem Stattfinden dieser Versammlung hatte. Vor Wochen sagte er auf Anfrage gelegentlich einer Versammlungsreise nach Villingen zu, in Donaueschingen zu sprechen, wegen Zeitmangel mußten aber die Versammlungen verschoben werden, worauf die Genossen in Villingen rechtzeitig Nachricht erhielten. Hätten sich die Genossen von Donaueschingen vor Arrangierung der Versammlung an Eichhorn gewandt, wäre dieses unliebsame Vorkommnis nicht vorgekommen.

Kleines Feuilleton.

Ein öffentliches, nichtöffentliches Denkmal für Heinrich Heine — dieser Gedanke wird von Alfred Kerr in der Neuen Rundschau (S. Fischer) folgendermaßen entwickelt:

Deutsche Davidsbündler, — „das ist: Männer und Jünglinge, die ihr totschlagen sollet die Philister" — sammelt euch; ein Beispiel ist hinzustellen; eine Schuld ist wettzumachen; eine Tat ist zu tun.

Ein toller Weltstadtsänger ist zu grüßen; ein Kämpfer ist zu preisen; ein Lachender ist zu krönen.

An diesem siebzehnten Februar ist er vor einem halben Jahrhundert in Schmerzen gestorben.

Die französische Wärterin berichtet: „Die letzte Nacht wiederholte er, wiederholte er wie am Freitag: ‚Ich bin verloren' ... Drei Male ließ er mich schreiben — — ich sagte ihm ein wenig später: ‚Wenn Ihre Seufzer aufhören, werden Sie selbst schreiben'; er erwiderte: ‚Ich werde sterben.'" — — In der sechsten Morgenstunde am 17. Februar 1856 starb er. —

Er hat ein Grabdenkmal in Paris. Er hat ein Denkmal in New-York. Er hat ein Denkmal in Kerkyra oder Corfu. Er hat keines in Deutschland.

Er war ein großer vaterländischer Deutscher: weil er mit ganzer Seele dies Land geliebt hat; dann, weil sein Ruhm den deutschen Ruhm erhöhte. Seine Macht endet nicht hier. Er ist der neue Sänger der großen Städte; ihrer Liebe und ihres Hungers; er gab die neue Lyrik der gepflasterten Straßen. Im Gegensatz zu der früheren, sozusagen mehr agrarischen Poesie. Er schreibt die ersten Lieder des dritten Jahrtausends. Er giebt nicht bloß Gefield und Mond, er geniert sich nicht in einer großen Stadt zu sitzen und kündet ungezwungen die Gefühle solcher Menschen. Ihn erfüllt das Schicksal der großstädtischen Masse. Es wächst hienieden Brod genug für alle Menschenkinder. Er ist ein neuer Lebensdichter. Er ist ein großer Tragikomiker des Liedes. Er ist ein erlösender Zyniker. Er ist ein singender Soldat.

Davidsbündler, sammelt euch; wir wollen sein Denkmal errichten.

Vor zwölf Jahren hat es der Eingriff namenloser Kaffern zu hindern vermocht.

Ziehen wir vom Leder jetzt alle, die entschlossen sind dies Denkmal zu setzen, wenn nicht mit dem Willen der heutigen Machthaber, dann gegen ihn.

Daß er Fehler gehabt, ist uns nicht unbekannt. Wir setzen es ihm für seine Vorzüge.

Ist keine andere Möglichkeit, dann in der größten deutschen Stadt: nach Ankauf eines Ortes, wo es umfriedet sein könnte, und doch sichtbar; wo es privat erschiene und öffentlich wäre; so daß man das Einholen einer Bestätigung lachend umginge. Ich neige zwar in manchem Augenblick zur Ansicht, daß ein Denkmal an der Nordsee, ein Denkmal am Rhein besser wäre; dann wieder scheint es mir, als ob darin bloß die sentimentalische Seite dieses einzigen Ausdruck fände, und sie ist mir so wertvoll nicht wie seine menschlich-freche, deren Denkmal in eine große Stadt gehört.

Aber die Frage des Ortes mag offen bleiben. Sie darf kein Streitpunkt werden.

Und das Denkmal soll nicht gesetzt werden von einer Handvoll reicher Leute, sondern von Künstlern, Arbeitern, kleinen Mädchen und aberhand jungen Menschen, die ihn geliebt. Und es soll eine tiefere und allgemeinere Protestsache sein in einer feigen und lauen Zeit. Ein Schibboleth der Kraft, ein Paroli des frohen Intellektualismus . . . in einer feigen und lauen Zeit.

Es soll ein Denkmal des Trotzes werden, das einem Toten sein schuldiges darbringt und manchem Lebenden heiteren Mut gibt.

Deutsche Davidsbündler, am 17. Februar sollt ihr tagen. Eure Beschlüsse schreibt ihr mir dann. Ich werde vom Stand der Sache in diesen Blättern von Schritt zu Schritt Rechenschaft geben. Und ich will nicht ruhen, bis die Hülle gefallen ist und das Marmorbild in der Sonne steht.

Und wo ihr auch verteilt seid, ob in litterarischen Verbänden, in Arbeitervereinen, in Zeitungen, in Künstlergesellschaften, in studentischen Genossenschaften oder irgendwo in der Freiheit, — zieht vom Leder. Es wird Zeit. Hört ihr das Rauschen? es sind die Kläng eures Marsches . . . wider die Philister.

Ein Beispiel ist hinzustellen. Eine Tat ist zu tun. Ein Gehaßter ist zu krönen.

Aus dem Simplicissimus.

Der bayrische Staatsanwalt und Professor Forel. Staatsanwalt: Sie sind Antialkoholiker? — Forel: Ja. — Staatsanwalt: Und sie glauben nicht an Gott? — Forel: Nein. — Staatsanwalt: Ja, wie sind Sie dazu gekommen? — Forel: Durch mein Studium, Herr Staatsanwalt. — Staatsanwalt (sehr höhnisch): Studium! Studium! Durch das Studium wird man kein Antialkoholiker, Herr Forel!"

•

Wandlung. In Bayern werden nach ... Wallfahrtsorten Votivtafeln aufge... Pilger sprechen darauf ... [illegible] ...ten, so mögen sie als ... werden, die ihrem Schreiber ... aus. Seit mehreren Jahren liest man häufig folgende Widmungen: Der heilige Joseph hat geholfen, ich bin Staatsanwalt geworden! — Heißen Dank dem heiligen Sebastian; durch seine Fürbitte bin ich nach München versetzt worden. — Ich hatte einen Dreier im Examen; alle menschliche Kunst war vergeblich, da habe ich mich in den Schutz des heiligen Liborius begeben; jetzt bin ich Amtsrichter.

•

Vorbereitung. Großmutter, weshalb lernst du noch Harfe spielen? — Liebes Kind, ich komme bald in den Himmel, da kann man es brauchen.

•

Ein Beruf. Was sind Sie jetzt eigentlich, Baron? — Schwiegersohn.

•

Leutnant Freiherr von und zu Irhausen, dessen Adel so uralt ist, daß ihm sogar das Fähnrichsexamen geschenkt werden mußte, macht sein erstes Manöver mit und kommt zum erstenmal in Quartier, und zwar leider in ein „bürgerliches". Seine Quartiergeber haben ihr möglichstes getan, um es ihrem vornehmen Gaste gemütlich zu machen, und weisen ihm selbst seine Zimmer an. Der Herr Leutnant ist höchlichst erstaunt, in einem bürgerlichen Hause so elegante, wohnliche Räume zu finden. Er glaubt denn auch, mit seiner Anerkennung nicht zurückhalten zu dürfen, und wendet sich an den Hausherrn mit den Worten: Janz nett, woll so nach und nach anjeschafft?"

•

Ein kleiner Junge fragt seinen Vater, einen eingefleischten Elsässer, was der Unterschied zwischen accident und malheur sei. — Lug, sagt sein Vater, a accident isch, wann e Schwob in de Rhin keyt und versüfft, und e malheur isch, wann er uff d'r elsässische Sytt rüskrabbelt und im Land bliebt.

•

Ein Schlag. Brennt mir dieser Schuft mit der Kasse durch, und ich hätt mir schon so 'n nettes Konkurschen zurecht gerichtet g'habt!

•

Der Dekorierte. Du brauchst gar net z'lachen, so an Ord'n hat net a jeder Hanswurscht! — Na, na! Net a jeder!

•

Genügsam. Nur ... Levisohn, so schnell ist da nicht geholfen. Ich ... daß Sie wieder ... die beste ... Sie mich lieber [illegible]

glieder angehören. Außer den ordentlichen Mitgliedern zählt der Verein eine Anzahl „Freunde des Gewerbestandes", darunter den Kommerzienrat Gesell, Landtagsabgeordneten Wittum, Stadtrat Gattner, den Vorstand des nationalliberalen Vereins Fabrikant Dillenius und andere als außerordentliche Mitglieder zu den seinen. In einer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, die Gründung eines Verbandes aller hiesigen gewerblichen Vereinigungen in die Wege zu leiten, zu welchem Beginnen das Handwerkskammermitglied Bäckermeister Wagner seine Mitwirkung zusagte.

Die in Frage kommenden „Handwerker und Gewerbetreibende" sind fast alle Heimarbeiter, die für die Bijouterieindustrie tätig sind und oftmals einen oder mehrere Gehilfen und eine Anzahl Lehrlinge beschäftigen, sehr oft, aber allein zu Hause arbeiten. Das Liebeswerben unserer hiesigen nationalliberalen Parteigrößen der genannten Vereinigung gegenüber läßt die Beweggründe solcher Vereinsgründungen allzusehr durchscheinen, umsomehr, als bei einem Jahresbeitrag von ganzen 120 Pfg. von einer wirklichen Förderung der Interessen der Kleingewerbetreibenden keine Rede sein kann.

— **Einen Selbstmordversuch** machte dieser Tage eine 32 Jahre alte Polisseuse in ihrer Wohnung in der Lammstraße. Sie hatte sich die Pulsader der linken Hand mit einem Rasiermesser zu durchschneiden versucht, wurde aber noch rechtzeitig vor weiteren Versuchen gehindert und ins städt. Krankenhaus verbracht. Die Tat verübte sie nach ihren Angaben deshalb, weil ihr die Arbeit vom Arbeitgeber gekündigt war.

— Im Hause Obere Augasse 53 entstand gestern Nachmittag ein kleiner Zimmerbrand, bei welchem ein 8 Monate altes Kind erstickte. Die Eltern, Küfer Otto Erdmann und Frau, waren auswärts auf Arbeit und fanden bei ihrer Rückkehr das Kind tot vor.

Bretten, 30. Jan. **Umfangreiche Diebstähle** von zubereiteten Korken wurden in den Monaten September, Oktober und November in dem Fabrikanwesen des Korkfabrikanten Wilhelm Henn verübt. Es waren aus dem sogenannten oberen Lager der Fabrikräume 57 Säcke mit verschiedenen Sorten von zubereiteten Korken im Werte von 3549 Mk. entwendet worden. Diese Diebstähle hatten zwei Angestellte des Henn, dessen Geschäftsführer Friedrich Bernecker aus Horrheim, wohnhaft in Bretten, und der Korkschneider Franz Anton Dörr aus Büchig, ausgeführt. Sie stiegen in der angegebenen Zeit nach eingetretener Dunkelheit etwa achtmal über den 1,25 Meter hohen Gartenzaun in das umschlossene Anwesen ihres Arbeitgebers ein und holten aus der Fabrik die mit Korken gefüllten Säcke. Bernecker war 10 Jahre in der Hennschen Fabrik tätig und zwar in den letzten acht Jahren als Geschäftsführer. Bernecker leitete, da Henn fast ständig auf Reisen war, den ganzen Betrieb und ihm unterstanden das Personal sowie sämtliche Vorräte. Dörr arbeitete seit 1896 im Geschäfte des Henn. Er hatte den Plan, ein eigenes Korkgeschäft zu gründen. Bernecker bot ihm dazu seine Beteiligung an und beide beschlossen, um diese Gründung ohne besondere Mittel ins Leben rufen und gleich von Anfang an über ein gehöriges Warenlager verfügen zu können, ihren Dienstgeber gründlich zu bestehlen.

Zur Unterbringung der entwendeten Waren mieteten sie in Karlsruhe einen Stall und eine Remise, wohin nächtlicher Weile in mehreren Fuhren mit Leiterfuhrwerken die Säcke mit den Korken geschafft wurden. Mit Beginn dieses Jahres sollte die Geschäftseröffnung erfolgen. Soweit kam es aber nicht, da man vorher dem Treiben der beiden auf die Spur kam. Die Strafkammer Karlsruhe verurteilte Bernecker zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Dörr unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Dillweißenstein, 30. Jan. **Einer unrichtigen Zustellungsbeurkundung** hatte sich der Polizeidiener Johann Jakob Wittenauer schuldig gemacht. Als Schätzungsortsdiener der Gemeinde Dillweißenstein beurkundete er auf einem ihm am 26. August von der Steuerkommission in Pforzheim erteilten Zustellungsauftrag an den Kaminfegermeister K. Betzinger, die Zustellung am 30. August an den Genannten in Person bewirkt zu haben, während er in Wirklichkeit die zuzustellende Eröffnung über eine amtliche Steuerveranlagung in der Zeit zwischen dem 10. und 15. September in den in der Wirtschaft zum Hirschen in Dillweißenstein befindlichen Briefkasten des Behringen geworfen hatte. Wittenauer wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 348 St.G.B. zur Verantwortung gezogen und hierwegen vom Landgericht Karlsruhe mit 1 Monat Gefängnis bestraft.

Offenburg, 30. Jan. In unseren Kolonien wurden bekanntlich an Farmer und sonstige hervorragende Personen, welche durch aufständische Eingeborene beraubt oder geschädigt wurden, ganz erhebliche Entschädigungen durch das Reich gewährt. Vor mehr als Jahresfrist veröffentlichte der Volksfreund aber einen Fall, wonach einem deutschen Unteroffizier Namens Geß, der ein kleines Fort befehligte, alles geraubt und er von den Hereros getötet wurde. Monate gingen darüber hin, die in dürftigen Verhältnissen lebenden Eltern erhielten auf ihre Reklamationen nur schöne Trostbriefe, aber keine nennenswerte Entschädigung des Verlustes von mehreren 1000 Mk. Auf unseren Artikel berichtete der Vater des Gefallenen, daß er mit dem Entgegenkommen der kaiserl. Kolonialverwaltung vorläufig recht zufrieden sei. Seither ist wieder eine lange Zeit verflossen und nun war kürzlich im alten Offenburger zu lesen, daß die Familie über den erhaltenen Schadenersatz recht sehr enttäuscht sei. Freilich handelt es sich hier nur um einen Soldaten und um arme Leute, nicht um noble Farmer, die von Afrika nach Berlin reisen konnten, dort elegant lebten und ihre Entschädigungsforderungen zu ihrer Zufriedenheit angewiesen erhielten.

Doch vielleicht erhält der Vater des Gefallenen Veranlassung, auch diesmal eine Berichtigung einzusenden.

Wiesenthal, 30. Jan. **Ein schlimmes Ende** nahm ein Streit, der am Abend des 13. August v. Js. in der Wirtschaft zum Löwen zwischen den Fabrikarbeitern Karl Knebel und Franz Mahl von da entstanden war. Beide hatten einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Knebel dem Mahl eine Ohrfeige gab. Dieser warf darauf dem Knebel ein Bierglas an Kopf. Anwesende Gäste schlichteten den Streit und der ganze Vorfall schien abgetan zu sein, da Knebel die Wirtschaft verließ. Er kehrte aber nach fünf Minuten zurück, **ging geradewegs auf Mahl los und versetzte diesem mit einem Taschenmesser einen Stich in die Brust.** Mahl fiel mit einem Schrei zu Boden. Er hatte eine sehr schwere Verletzung erhalten und mußte sich in der chirurgischen Klinik in Heidelberg zweier Operationen unterziehen. Er schwebte wochenlang in größter Lebensgefahr und wird dauernd in seinem Allgemeinbefinden gestört bleiben. Obwohl er schon im September aus der Klinik entlassen werden konnte, bedarf er immer noch ständiger Pflege und ist jetzt noch vollständig arbeitsunfähig.

Knebel führte seine rohe Tat heute auf die Anklagebank. Das Landgericht Karlsruhe erkannte gegen ihn auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, abzüglich 5 Monate Untersuchungshaft.

Durlach, 30. Jan. Laut Bekanntmachung der großh. Landwirtschaftsschule Augustenburg finden daselbst in der Zeit vom 19. März bis 7. April und vom 8. bis 27. Oktober d. J. **Obstbaukurse für Baumwarte** statt. Daran können teilnehmen Landwirte und Baumzüchter, welche mindestens 20 Jahr alt sind und einen guten Leumund besitzen. Der Unterricht selbst ist vorwiegend praktischer Natur und wird **unentgeltlich** erteilt.

Die Verpflegungskosten für die Teilnehmer sind verhältnismäßig niedrige und sind mit 1,49 Mk. pro Tag angesetzt. Sie können auf Ansuchen ganz oder teilweise erlassen werden. Anmeldungen nebst Leumundszeugnis müssen bis spätestens 10. März eingereicht sein und zwar direkt beim Vorstand der Schule.

* **Baden-Baden,** 31. Jan. **Ueber die entsetzliche Tragödie** in der Hardtstraße besagt der Bad. Volkszeitung zufolge der Polizeibericht noch: Den 3 Jahre alten Knaben hatte Frau Merker erhängt, dann abgerissen und auf den Zimmerboden gelegt. Das 3/4 Jahre alte Mädchen wurde erwürgt und in den Kinderwagen gelegt. Es hatte das Genick gebrochen. Das jüngste 8 Wochen alte Kind, ebenfalls ein Mädchen, war von der Mutter im Bette erstickt worden. Die Frau fand ein auf dem gleichen Flur wohnender Schutzmann, mit einem Band um den Hals geschlungen, halb im Bette liegend. Er stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, welche auch von Erfolg waren. Sie hatte sich jedenfall erhängen oder erdrosseln wollen.

Die grauenhafte Tat wurde um 2¼ Uhr dadurch entdeckt, daß ein Glasergehilfe an der verschlossenen Glastüre der Merkerschen Wohnung eine Scheibe einsetzen wollte. Als nicht geöffnet wurde, drangen die Hausbewohner nach gewaltsamer Oeffnung der Türe in die Wohnung, wo sich ihnen der geschilderte Anblick bot.

Nach den bisherigen behördlichen Erhebungen dürfte die Tat in einem Anfall plötzlicher Geistesgestörtheit erfolgt sein. Wenn auch die Frau bei der langen Abwesenheit ihres Mannes mit Sorgen zu kämpfen hatte, so wurde sie von verschiedenen Seiten doch so unterstützt, daß eine Verzweiflungstat unbegreiflich erscheint. Die Kinder waren nicht schlecht genährt. Die Frau wurde zur Beobachtung ihres Geisteszustandes zunächst in das städtische Krankenhaus verbracht.

* **Heidelsheim,** 30. Jan. **Warnung für Revolverbesitzer.** Einem jungen Manne war seine Wirtin heute Mittag beim Auspacken seines Koffers behilflich. Mit einem demselben entnommenen geladenen Revolver spielte inzwischen ihr 13jähriger Bruder. Er kam an den Abzug, die Waffe entlud sich und das Geschoß tötete sofort seine 15jährige Schwester. Die Familie namens Schwede findet allgemeine Teilnahme.

Die zahlreichen Unglücksfälle, die durch Revolver verursacht werden, scheinen die Revolver-Besitzer nicht zur Vorsicht zu mahnen.

* **Aus der Baar,** 31. Jan. Pächter Heizmann auf dem Amtenhauserhof geriet nachts auf dem Heimwege von Geisingen von der Straße ab und stürzte über die Böschung in den Bach. Morgens fand man ihn als Leiche. Eine Frau und 8 Kinder trauern um ihren Ernährer.

Murg, 30. Jan. **Mutterliebe.** Im benachbarten Dorf Harpollingen ereignete sich am Samstag, den 27. Januar, ein Unfall, dem bald ein 7 Jahre alter Knabe zum Opfer gefallen wäre. Zwei Knaben spielten am sogen. Brandweiher, dem die vorgeschriebene Umzäunung fehlt. Einer der Beiden fiel nun in den an dieser Stelle ca. 1,80 Meter tiefen Teich. Der andere Knabe lief zu der etwa 150 Meter entfernt wohnenden Mutter des Verunglückten, die sogleich zum Teich eilte, in das Wasser sprang und den Knaben an einer etwas weniger tiefen Stelle hinaustrug. Nach langem Bemühen gelang es ihr, den Sohn wieder ins Leben zurückzurufen. Dann erst dachte sie daran, sich ihrer nassen, in dieser Jahreszeit gewiß nicht angenehmen Kleidung zu entledigen.

Es wäre zu wünschen, wenn nun das Gewässer sofort eingehegt würde, immer läuft ein solcher Vorfall nicht so gut ab.

Aus dem Reiche.

Berlin, 30. Jan. **Einunddreißig Zöpfe abgeschnitten** hat in Berlin ein ausländischer Student der Schiffsbautechnik. Er ist verhaftet worden. Der Mensch scheint nicht recht bei Trost zu sein; er hat die Zöpfe nicht etwa verkauft, sondern gesammelt, nummeriert und immer wieder neu frisiert.

Kleine Mitteilungen. Durch herabfallendes Gestein sind auf Zeche Freier Vogel (Ruhrrevier) 4 Bergleute verunglückt, einer davon tötlich verletzt. — **Verhaftet** wurde in Siegen der früher in Glogau stationierte Eisenbahnmaterialienverwalter Wehnert, er soll mit den Glogauer Altmaterialschwindeleien in Verbindung stehen. — **Entgleist** ist gestern bei Konitz ein Personenzug, Lokomotive, Packwagen und ein anderer Wagen stürzten die Böschung hinunter; der Materialschaden ist beträchtlich, Personen sind aber nicht verletzt. — **Auf eine schwimmende Mine gestoßen** ist bei Wladiwostok der deutsche Dampfer Silvia, der dort russische Truppen an Bord genommen hatte; er mußte umkehren und auf den Strand laufen um den Untergang zu verhindern, doch ist der erste Koch dabei umgekommen. — **Die schwarzen Pocken** sind in Damflos (Rheinpr.) in zwei Familien ausgebrochen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 1. Febr.

Der Lichtbildervortrag über Rußland

hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Der Saal des Gen. Möhrlein war bis auf den letzten Platz gefüllt. Einleitend gab der Vortragende, Gen. Grempe, eine kurze Vorstellung über Rußlands politische, wirtschaftliche und religiöse Verhältnisse. Daran schloß sich in zwei Serien die Vorführung der Lichtbilder, die im Bilde das veranschaulichte, was gegenwärtig die Kulturwelt hinsichtlich der Vorgänge in dem Riesenreich im Osten Deutschlands in Spannung hält. Vor allem gab der Vortrag ein ungefähres Bild über die Kämpfe und Leiden der russischen Revolutionäre.

•

Knielingen, 31. Jan. Am nächsten Montag, abends halb 9 Uhr, findet im Hirsch hier der **Lichtbilder-Vortrag** des Genossen Ingen. Grempe-Berlin statt. Wir ersuchen die hiesigen Parteigenossen, sich mit ihren Frauen und erwachsenen Familienangehörigen hierzu vollzählig einzufinden. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben. Karten sind im Vorverkauf zu haben bei M. König und Filialinhaber W. Kohler. Die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen wollen die[illegible] Vorstände beziehen.

[illegible] auf die Hilfe [illegible] Gewerbes.

den Arbeitern und Parteigenossen ins Werk setzen, und das ist im Hinblick auf gewisse Vorgänge während der Landtagswahlen, die jetzt beständiges Echo in der Zweiten Kammer finden, nur zu begrüßen. Das Volk bedankt sich dafür, daß für seine Glieder das bekannte Wort geprägt wird: Dem Volke soll die Religion erhalten werden.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat obengenannte Körperschaft eine dreigliedrige Kommission gewählt, die das weitere veranlassen soll. Anfragen usw. sind an den Vorsitzenden Behring, Scherrstraße 8, zu richten. Anmeldungen zum Verein werden auch im Vereinslokal (Möhrlein, Kaiserstaße 13) entgegengenommen.

Aus der Filiale Karlsruhe des Metallarbeiter-Verbandes.

Ueber das Thema: Sozialdemokratie und Gewerkschaften referierte in der letzten Monatsversammlung (am 27. Januar) Kollege Sauer. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus die Frage behandelnd, verstand es Redner, die gut besuchte Versammlung zu fesseln. Im ersten Teile seines Vortrages schilderte er die Entwicklung der freien Gewerkschaften, im zweiten Teile behandelte er die Stellung der Partei zur Gewerkschaft. Dabei kam Redner auf die verschiedenen Beschlüsse der Parteitage und Gewerkschaftskongresse zu sprechen; u. a. auch auf die Worte des Genossen Bömmelburg (Partei und Gewerkschaften sind eins). Hier vertrat Sauer den Standpunkt, daß dieser Ausspruch nicht ganz richtig sei und wies darauf hin, daß zwischen dem Programm der Partei und dem Programm der Gewerkschaften ein wesentlicher Unterschied bestehe.

In der Diskussion, an der sich u. a. die Kollegen Bergmann, Rückert und Reich beteiligten, sprachen sich alle übereinstimmend dafür aus, daß die Gewerkschaften eine Vorschule der sozialdemokratischen Partei seien. Einen anderen Weg gebe es für einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht. Rückert befürwortete noch, ähnlich wie im Grundstein, auch in den anderen Gewerkschaftsorganen die politische Rundschau einzuführen.

Im Schlußwort bemerkte Sauer, auch er stehe selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften die Pioniere der Partei seien. Aber man dürfe denjenigen, die der Politik fernstehen, den Eintritt in die Organisation nicht unmöglich machen. Es sei eben mit eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Kollegen zu politischen Kämpfern zu erziehen. Mit einem Appell, **die Parteipresse zu abonnieren und der politischen Organisation beizutreten,** schloß Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

•

Jahresbericht.

S. Auch in diesem Jahre hat die hiesige Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes ihren Mitgliedern den Rechenschaftsbericht vom verflossenen Jahre in gedruckter Form zugestellt. Wir entnehmen demselben folgende Punkte: Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 33 177,81 Mk. und setzen sich zusammen aus 496 Mk. Eintrittsgeldern, 21 412,45 Mk. für Beiträge und aus 8600 Mk. Zuschuß aus der Hauptkasse in Stuttgart nebst einem vorhandenen Kassenbestand von 2668,46 Mk. Von den Ausgaben der Hauptkasse sind folgende Posten beachtenswert: für Reisegeld 2203,20 Mk., für Erwerbslosenunterstützung 2192,83 Mk., Unterstützung in besonderen Notfällen 980 Mk., Umzugsunterstützung 190 Mk., Streikunterstützung 5700,04 Mk., Maßregelungsunterstützung 5817 Mk. An die Hauptkasse nach Stuttgart wurden 7200 Mk. gesandt, da jedoch die Zahlstelle einen Zuschuß von 8600 Mk. erhalten hat, so hat diese in dem verflossenen Jahre **nichts** zur Stärkung der Kriegskasse in Stuttgart beitragen können.

In der Lokalkasse war eine Einnahme von 9708 Mark 88 Pf. zu verzeichnen, die sich in der Hauptsache aus den der Zahlstelle zustehenden 20 Proz. der Gesamteinnahmen, wie auch aus dem wöchentlichen Lokalbeitrag von 5 Pf. zusammensetzt. Die Ausgaben der Lokalkasse weisen folgende Posten auf: Für Verwaltung 1768 Mk., für die Beitragssammler 1598,75 Mk., für die Errichtung der Geschäftsstelle inkl. der Miethe 1180,67 Mk., für Druckarbeiten, Porto und Inserate 921,03 Mk., für die Bibliothek 123,31 Mk.; für Agitation 338,86 Mark; für Ortszulagen bei Arbeitslosigkeit 740,30 Mark, für Zulagen zur Streikunterstützung 2090 Mark 18 Pf., Sterbeunterstützung 70 Mk., Unterrichtskurse 90 Mk., Weihnachtsunterstützung kranker und arbeitsloser Kollegen 372 Mk.; an das Gewerkschaftskartell wurden 266 Mk. abgeführt. Zur Gründung einer besonderen Streikkasse wurden Marken à 10 Pf. fakultativ zur Einführung gebracht, die bei den Mitgliedern gute Aufnahme gefunden und den Betrag von 292 Mk. einbrachten. Die Mitgliederbewegung war im letzten Jahre stetig im Wachsen begriffen. Im ersten Quartal 1902 wurde durch die Verschmelzung einzelner Sektionen die Zahl 227 erreicht. Seit dieser Zeit ist die Mitgliederzahl von Quartal zu Quartal gewachsen und beträgt heute 1397. Da am 1. Juli dieses Jahres auch die Krankenunterstützung zur Einführung gelangt, so steht zu erwarten, daß auch in diesen Jahren, bei der zurzeit vorhandenen gemeinschaftlichen Zusammenarbeit der Mitglieder mit der Verwaltung die Entwicklung der hiesigen Zahlstelle eine erfreuliche sein wird, was im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft nur aufs beste begrüßt werden kann.

---

* **Der Druckfehlerteufel** hat in der gestrigen Nummer wieder etwas toll sein Unwesen getrieben. Die Bonndorfer Wahl zensuriert er bezüglich des Beobachterartikels mit: Richtig. In Wirklichkeit muß es heißen: Bissig bemerkt der Beobachter usw. In der Briefkastennotiz: A. L. appelliert er an die Arbeitskraft des Lesers bei der Kaisergeburtstagsfeier; dazu haben wir ihm keinen Auftrag erteilt. Er sollte lediglich an die Urteilskraft der Leser appellieren. Es scheint, daß die Fastnachtszeit ihn dazu animiert, uns lose Streiche zu spielen.

* **Aus der Kreisirrenanstalt Hub entwichen** ist der 47jährige Karl Schuhmann von hier. Man vermutet, daß er Selbstmord verübt hat.

* **Erhängt aufgefunden** wurde gestern in der Nähe des Wasserwerks im Durlacher Wald ein in der Augartenstraße wohnhafter Mann, Vater von 7 Kindern.

* **Spielplan des großherzoglichen Hoftheaters.** Freitag, 2. Febr. C. 37. **Der Bajazzo.** Drama in 2 Akten und Prolog, Dichtung und Musik von Leoncavallo. — **Coppelia.** Ballet in 2 Akten von Ch. Nuiter und A. Saint Leon. Musik von Leo Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Vermischtes.

§ **Ein geheimnisvoller Mord** ist im Naxental (Oesterreich) von zwei Frauen an einer dritten Frau, mit der sie gekommen waren, begangen worden. Die [illegible]en sind von Wien gekommen und dahin zurück[illegible] „Zu n[illegible] vermutet, daß die Getötete eine Pro-

§ **Spanische Offiziere** drangen in das Haus der Zeitung Humanidad ein, vernichteten Blätter und schleppten den Direktor fort, angeblich nach dem Gericht.

§ **Die Pest** ist in den persischen Provinzen Seistan und Chorassan ausgebrochen.

Reichstag.

(Bericht der 30. Sitzung in der Beilage.)

Berlin, 31. Jan.

(31. Sitzung.)

Am Bundesratstisch: Niemand.

Die Beratung des Toleranzantrages (Zentrum) wird fortgesetzt.

Abg. **Frhr. v. Hertling** (Zentr.): Der Abg. Müller-Meiningen möge ruhig durch den Blütengarten der katholischen Erbauungsbücher wandeln und als freiwilliger Polizist die Spreu von dem Weizen sondern. Vielleicht bleibe in seiner Seele ein Körnlein, das dort keimen werde. (Heiterkeit.) Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Abg. David am letzten Mittwoch. So lange die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei sei, könne allerdings ein treuer Christ kein Sozialdemokrat sein. Seine Partei wolle die Freiheit ihres religiösen Bekenntnisses unter den Schutz der allgemeinen Freiheit stellen; sie sei dabei überzeugt, daß sie die Verpflichtung übernehme, auch die religiösen Anschauungen anderer zu achten. Das Zentrum habe aber keine Veranlassung, eine Trennung der Kirche vom Staat zu fordern. Im Gegenteil sei ein freundliches Verhältnis zwischen beiden durchaus wünschenswert.

Abg. **Hoffmann-Berlin** (Soz.) **Ohne Trennung von Staat und Kirche gibt es keine Religionsfreiheit.** Der Vorredner meinte, ein Christ dürfe nicht Sozialdemokrat sein. Nun, in der Schweiz hat sich ein christlicher Pfarrer anders geäußert. (Lachen im Zentrum.) Ist die Schule von der Kirche getrennt, so ist für jeden die Möglichkeit gegeben, seine Kinder zu erziehen, wie er will. Heute aber ist die Schule eine Zwangsanstalt. Das Zentrum hat mit der Theorie des Mittelalters gebrochen, vielleicht kommt es noch dahin, daß Zentrum und Papst sich zum Darwinismus bekennen. Das Zentrum tut so, als wenn es die mittelalterlichen Zustände nicht wieder haben wollte. **Sie wollen nicht mehr verbrennen, weil sie nicht mehr können.** Im Falle die alleinseligmachende Kirche heute noch die alleinherrschende wäre, würden Sie sich anders ausdrücken. (Gelächter im Zentrum.) Ihr heutiges Schulsystem macht **viele Lehrer zu Heuchlern,** sie glauben nicht an Gott, dürfen es aber nicht sagen, wenn sie sich nicht einer Strafe aussetzen wollen.

Was uns vor allem mißtrauisch macht, das ist die Fassung des § 4, die unseres Erachtens die **Möglichkeit bietet, Dissidentenkinder zwangsweise in den Religionsunterricht zu führen,** und diese Gefahr ist doppelt schwer in dem Augenblick, da man in Preußen drauf und dran ist, die Schule der Kirche auszuliefern. Auch die Art und Weise, wie die Frage des **Austrittes aus der Kirche** geregelt wird, findet nicht unseren Beifall. Der § 12 des Antrages würde ferner dazu benutzt werden, uns wieder eine Anzahl von **Klosterschulen aufzuhalsen.** Was wir brauchen, das ist ein Schutz dagegen, daß unsere Jugend der Reaktion, der Verdummung preisgegeben wird, und zu dem Zweck fordern wir, nachdem uns Frankreich auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangegangen ist, **die Trennung von Kirche und Staat und die Loslösung der Schule von der Kirche.** (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß folgt.)

Die Revolution in Rußland.

Ein Aufstand

in der Gegend der Kreisstadt Homel (auch Gomel genannt), im südlichen Rußland, auch schon im Kosakengebiet belegen, macht der Regierung zu schaffen, da die Kosaken sich nicht mehr als sicher erweisen.

„Die Sonne der Wahrheit."

Einer Deputation der aus den reaktionärsten Gesellen bestehenden „Liga russischer Männer" erklärte der Zar:

Ich werde allein die Last der Macht, die im Kreml auf mich gelegt ist, tragen, und ich bin überzeugt davon, daß das russische Volk mir helfen wird. Ich werde von meiner Macht Gott Rechenschaft ablegen. Danken Sie allen, die sich Ihrer Liga angeschlossen haben. Bald, sehr bald wird die Sonne der Wahrheit über dem russischen Land leuchten und dann werden alle Zweifel verschwinden.

Die Wahrheit ist schon bekannt und nur durch diese Worte noch bestätigt, daß der Zar danach trachtet, dem russischen Volk sein oft verpfändetes und ebenso oft gebrochenes Wort von neuem zu brechen. Nach all dem Vorausgegangenen sich noch als Selbstherrscher betrachten zu wollen, deutet auf einen Mut des Mannes, um den ihn kein aufrichtiger Mensch beneiden wird.

Letzte Post.

Hamburger Wahlrechtsraub fertig!

Die Verfassungsänderung wurde gestern mit 120 gegen 35 Stimmen beschlossen.

Verhaftet

wurde in Köln ein Eisenbahnräuber.

72 Personen verhaftet

wegen Teilnahme an den Hamburger Krawallen.

Vereinsanzeiger.

Rintheim. (Sozialdemokratische Partei.) Samstag Abend 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand. 417

Kehl. (Wahlverein.) Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Ritter Versammlung. 423

Triberg. (Arbeiter-Wahlverein.) Freitag, den 2. Febr. (Lichtmeß), nachmittags 3 Uhr, im Bad Versammlung. 422

St. Georgen i. Schw. (Sozialdemokratischer Verein.) Samstag, den 3. Februar, abends punkt 8½ Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal Sonne. 421 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

G. F. In Berlin die Journalistenschule von R. Wrede.

Durmersheim. Ob der Wirt berechtigt war, Ihnen die Spielkarte zu verweigern, möchten wir bezweifeln. Aber eine so weltbewegende Frage macht man nicht zum Gegenstand einer Anfrage an den Briefkasten eines sozialdemokratischen Blattes.

Meißenheim. Nur volle Namens- und Standesangabe ermöglicht die Aufnahme.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Radolfzell.

Am Samstag den 3. Februar, abends 8 Uhr, findet in der „Walfischhalle“ das 426

Wintervergnügen

der freien Gewerkschaften verbunden mit **Theater, Gesang u. Tanz** statt.
Genossen und Volksfreundleser von hier und Umgebung sind dazu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser liebes Kind

Frieda

am Dienstag Abend 3/4 5 Uhr nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist. 425

Die Beerdigung findet am Freitag Morgen 11 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Eltern:

Familie Leop. Reiter.

Geschäfts-Empfehlung.

Einem titl. Publikum beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich außer meinem Hauptgeschäft eine

Filiale

Kaiserstraße 199 a, Eingang Waldstraße 41,

eröffnet habe. Infolge des fast 40jährigen Bestehens meines Geschäftes bin ich in beiden Betrieben derart eingerichtet, daß alle Aufträge pünktlich, sorgfältig und gewissenhaft erledigt werden.

Mit der Errichtung der Filiale verfolge ich den Zweck, einesteils meiner treuen Kundschaft eine bequeme Auf- und Abgabestelle zu schaffen und andererseits neuen Auftraggebern meine **chem. Reinigungs-Anstalt und Färberei** hiermit bestens zu empfehlen.

Hochachtungsvoll

Mich. Weiss, chem. Reinigungsanstalt u. Färberei

Gegründet 1867. Telefon Nr. 2024.

So lange Vorrat reicht:

Nordsee-Cablian ohne Kopf,	bei ganzem Fisch	pr. ₰ **22**
„ „	im Ausschnitt	„ „ **30**
„ **Schellfisch** „ „	bei ganzem Fisch	„ „ **35**
„ „	im Ausschnitt	„ „ **45**

Holl. Angelschellfische pr. ₰ **30—50** ₰

Donnerstag und Samstag Sofienmarkt,
Freitag Werderplatzmarkt. 419

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren **verpflichtet**, die **fortbildungsschulpflichtigen** Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte **anzumelden** und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche **Zeit zu gewähren.**

Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 ℳ bestraft (Abs. 2 desselben §).

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. w., die von **auswärts hierher** kommen, sind **sofort** anzumelden, ohne Rücksicht darauf ob dieselben schon in ein **festes** Dienst- oder **Lehrverhältnis** getreten oder nur **versuchs-** oder **probeweise** aufgenommen sind.

Karlsruhe den 1. Februar 1906.

Das Rektorat:
Dr. Gerwig.

Telegramm!

Offeriere von frischer Sendung in feinster Qualität:

Schellfische,	klein . . .	per Pfd.	**20**	Pfg.
„	groß . . .	„ „	**24**	„
„	kopflos . . .	„ „	**27**	„
„	portionsgros .	„ „	**34**	„
Cablian,	groß	„ „	**18**	„
„	kopflos . . .	„ „	**21**	„
„	mit [illegible] . . .	„ „	**24**	„
„	Kopfstück . . .	„ „	**8**	„

☛ Alles andere enorm billig. ☚

Obst- und Südfrüchtenhalle „Zur billigen Quelle“

Markgrafenstraße **30 a**, am Lidellplatz.

Im Erscheinen befindet sich:

Meyers Grosses Konversations-Lexikon.

Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

148,000 Artikel u. Verweisungen.

11,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Voranzeige.

Vom **1. bis 15. Februar** gewähre ich auf sämtliche Artikel

Herren- und Damenkleiderstoffe,
Leinen und Baumwollwaren, weiss und farbig,
Tisch-, Bett- und Leibwäsche,
Fertige Blusen, Unterröcke und Schürzen,

☛ **doppelte Marken des Rabattsparvereins.** ☚

Zur **weissen Woche** bringe grössere Posten Partien und Reisemuster in **Tisch-** und **Tafeltüchern, Handtüchern, Servietten, Kopfkissen** und **Oberbettüchern** zu staunend billigen Preisen zum Verkauf.

JACOB LÖWE, Adolf Löwe Sohn,

en gros Manufaktur-, Mode- und Ausstattungs-Artikel en detail

KARLSRUHE, Adlerstrasse 18a.

Georg Mappes, Karlsruhe

Karl-Friedrichstrasse 20 — vormals August Mappes — Karl-Friedrichstrasse 20

empfiehlt

Nähmaschinen, Strickmaschinen, Fahrräder

Pfaff und Phönix — für Haus- und Gewerbezwecke — Original-Pfeil

die in Bezug auf Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit unerreicht dastehen.

Unentgeltlicher Unterricht auch im Wäschestopfen und der modernen Kunst-Stickerei

Reparatur-Werkstätte, sowie Lager in allen Zubehörteilen 4409

☛ **Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe.** ☚

Keine Belästigung durch Reisende.

Jede Maschine wird 4 Wochen zur Probe geliefert.

Nächste grosse **Bad. Invaliden-Geld-Lotterie**

Ziehung sicher 24. Februar 06

2928 Bargew. o. Abzug Mk.

44,000

1. Hauptgew.	Mk.	20,000
2. Hauptgew.	Mk.	5000
2 à 1000	=	2000
4 à 500	=	2000
20 à 100	=	2000
100 à 20	=	2000
200 à 10	=	2000
2600 zusammen		9000

Los 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pf. versendet: 257

J. Stürmer, General-Agent, Strassburg i. E.
In Karlsruhe: **Carl Götz**, Hebelstr 11/15.

In Karlsruhe: E. Dahlemann, J. Heppes, Chr. Wieder.

L. Michel, Fr. Haselwander, E. Fidge, Chr. Frank.

In schöner Lage sind

2 Wohnungen

mit je 2 Zimmern und Zubehör sowie Koch- und Leuchtgas auf 1. März oder 1. April zu **vermieten.** 391.5
Näheres **Yorkstraße 12**, 2. St.

Mädchen

können das **Kleidermachen u. Weißnähen** erlernen. 416
Kaiserstraße 70, 5. St.

Kinderwagen

gebraucht, mit Gummireifen, ist billig zu **verkaufen.** 411
Morgenstraße 22, 5. St.

Kaiser's Malz-Kaffee

unübertroffen,

das Pfund nur **25** Pfg.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

In **Karlsruhe:** Kaiserstrasse 27, 68, 134, 141 und 243, Kriegstrasse 8, Werderstrasse 39, Roonstrasse 1, **Baden-Baden:** Langestrasse 6 und 42, **Durlach:** Hauptstrasse 62, **Ettlingen:** Marktplatz 222, **Rastatt:** Kaiserstrasse 9. 168.5

Kautschuck-Hand- und Selbstfärbe-Stempel

aller Art 254.12

Emaillierte Tür- und Firmen-Schilder in jeder Grösse

empfiehlt bei solider Ausführung und reellen Preisen

Karl Maucher Durlach Wilhelmstrasse Nr. 6.

Haar-Uhrketten

von 10 Mk. an, fertig zum Tragen, werden angefertigt. 2 Jahre Garantie.

J. Heppes, Karlsruhe,
85 Haarflechterei — Herrenstraße 25.

Die billigsten, vorteilhaftesten Kohlen

4127 40 sind

Braunkohlen-Brikets

Union

per Zentner Mk. 1.15
fuhrenweise „ „ 1.10 } frei ins Haus.

Albert Kölmel, Karlsruhe, Hardtstr. 24.

Georg Deininger
Dentist
Karlsruhe, Werderpl. 34.

Beehre mich ganz ergebenst darauf aufmerksam zu machen, dass ich mich ab 1. Februar 1906 in Karlsruhe als **Dentist** niedergelassen habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Georg Deininger,
Dentist.

Frisch eingetroffen!

Schellfische

per Pfd. **40** Pfg.

prima gewässerte

Stockfische

pr. Pfd. **25** Pfg. 418

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Futterlieferung.

Die Lieferung von
100 Ztr. Runkelrüben und
50 Ztr. Gelberüben (Möhren),
soll vergeben werden. Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen und Anschluß von Mustern bis **12. Febr., vormittags 9 Uhr,** auf unserm Bureau im Stadtgarten einzureichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen aufliegen und die für die Angebote zu verwendenden Formulare abgegeben werden 397.2

Karlsruhe den 30. Januar 1906.

Städt. Gartendirektion.

Maschinenschreiberin.

Beim städtischen Tiefbauamt ist die Stelle einer Gehilfin durch eine tüchtige **Maschinenschreiberin sofort zu besetzen.** Neben perfekter Handhabung der Yost-Schreibmaschine ist Erfahrung im Registratur- und Lohnwesen erforderlich.

Anmeldungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und unter Anschluß von Zeugnissen sind bis zum **Dienstag den 6. Februar 1906, abends 5 Uhr,** beim Tiefbauamt einzureichen.

Karlsruhe den 26. Januar 1706.

Städt. Tiefbauamt. 385.2

Span. Blutorangen

Unser zweiter Waggon

in feinster süßer Frucht, ist heute eingetroffen und empfehlen wir:

mittelgroße, per Stück **4** Pfg.,	6 Stück **45** Pfg.
große,	„ „ **5** „	„ „ **55** „
größte,	„ „ **6** „	„ „ **65** „

Pfannkuch & Cie.

G. m. b. H.

in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

Vergebung von Materialien

Die Lieferung von nachstehender Materialien für das Jahr 1906 soll im Ganzen oder geteilt öffentlich vergeben werden. Es sind dies:

ca. 2000 Kg. Petroleum
ca. 1000 Kg. Benzin
ca. 5000 Kg. Graphit
ca. 300 Kg. Leinölfirnis
ca. 550 Kg. Terpentinöl
ca. 1200 Kg. Bleiweiß
ca. 2500 Kg. Putzlappen
ca. 2000 Kg. bunte Putzwolle
ca. 1000 Kg. weiße Putzwolle

Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare sind auf unserem Geschäftszimmer erhältlich, woselbst auch Proben aufliegen.

Angebote sind unter Vorlage von Gegenmustern und mit der Aufschrift „Angebot, die Lieferung von Materialien betreffend“ versehen bis **Montag den 19. Februar 1906, vormittags 10 Uhr,** auf unserem Geschäftszimmer, Tullastraße 71, einzureichen. 403

Karlsruhe den 31. Januar 1906.

Städt. Straßenbahnamt.

Schon seit 10 Jahren

kostet das Einsetzen einer neuen Feder u. Oelen der Uhr **1.00** M., Reinigen und Reparieren **1.50** M, Reinigen, Reparieren und neue Feder **2.20** M. Glas **30** Pfg. Zeiger je **20** Pfg. Uhrschlüssel 5 Pfg. — Regulateure, Wand- und Wecker-Uhren dement.pr.

Bestens eingerichtete

Spezial-Reparaturwerkstätte für Uhren jeder Art.

Auch neue Uhren in allen Preislagen.

Joh. Träger, Kaiserstr. 17. II.

Blaue Anzüge

vom Guten das Beste

R. Pahr,
32 Kronenstraße 32. 846

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

23. Jan.: Bertha Anna, V. Mathias Hennhöfer, Asphalteur. 24.: Ewald, V. Julius Weller, Kaufmann. 26.: Karl Wilhelm, Vat. Adolf Kranz, Eisendreher.

Unfehlbarer 110

die beste [W]anzentod 50 Pf.

...Wilh.-St.20